Frage einigermaßen gerecht werden können. Und gerade in Bezug auf die Wiederanknüpfung der Auslandsbeziehungen sind die Auslandsdeutschen unentbehrlich, sowohl die wenigen, die heute noch im Auslande leben, wie das große Heer derer, die aus zielbewußtem feindlichen Vernichtungswillen heraus den deutschen Außenhandel aus den Ententeländern vertrieben sind. Wir dürfen es uns nicht verhehlen, daß eins der großen Ziele der Entente sich gerade darauf richtet, durch die Liquidierung des deutschen Privatbesitzes und die damit verbundene wirtschaftliche Vernichtung der Deutschen, die in zäher Energie und ausdauerndem Fleiß der deutschen Arbeit und der deutschen Art den hervorragenden Platz errungen haben, den deutschen Handel für absehbare Zeit, wenn nicht für immer, vom Weltmarkt auszuschließen. Was das in der jetzigen Zeit bedeutet, wo wir nur durch einen Riesenabsatz deutscher Waren im Auslande unser Leben fristen können, weiß jedes Kind. Wir können heute weniger als je ohne die tatkräftigen weitblickenden Auslandsdeutschen auskommen, die dank ihrer eingehenden Kenntnis des Auslandes nicht nur die Mittelspersonen sein müssen, die uns den Weg zum ausländischen Wirtschaftsleben erschließen, sondern zugleich auch der deutschen Industrie den Aufschluß über die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse des Auslandes geben müssen. Verstehen wir es nicht, der Vernichtungspolitik unserer Feinde gegenüber den deutschen Vorposten außerhalb des Reiches entgegenzuarbeiten, dann ist der deutschen wirtschaftlichen Weltgeltung für unabsehbare Zeit das Urteil gesprochen.

Unsere ernste Pflicht ist es darum, diese Deutschen, die im Auslande alles verloren haben, in ausreichendem Maße zu entschädigen. Riesige Werte sind uns durch die feindliche Beschlagnahme entrissen worden, und es wird angesichts der Notlage des Reiches wohl kaum möglich sein, alle Schäden in voller Höhe zu vergüten; aber der oberste Grundsatz jeder Entschädigung muß unter allen Umständen sein, die vertriebenen Auslandsdeutschen so weitgehend zu unterstützen, daß sie unverzüglich ihre Arbeit im Auslande wieder aufnehmen können. Dabei ist Eile dringend geboten; denn je länger der deutsche Handel und die deutsche Industrie von dieser Verbindung mit dem Auslande abgeschnitten sind, desto eher besteht die Wahrscheinlichkeit, daß die fremden Wirtschaftsgebiete anderswo Ersatz suchen und finden, und desto mehr wird unser wirtschaftlicher Wiederaufbau hinausgezögert. Kostbare Zeit ist bereits verstrichen; denn monatelang liegt der Entwurf des Entschädigungsgesetzes schon beim 21. Ausschuß des Reichstages, ohne daß die Angelegenheit wesentlich vorwärts gekommen wäre. Und doch ist diese Entschädigung eins der wichtigsten politischen Erfordernisse. Man braucht sich nur vor Augen zu halten, daß vor dem Kriege etwa 75 Prozent des deutschen Außenhandels direkt oder indirekt von den Auslandsdeutschen abhing, eine Tatsache, auf die der deutsche Entschädigungsentwurf nicht genügend Rücksicht genommen zu haben scheint. Der Reichstagsausschuß hat in der nächsten Zeit eine Arbeit von besonderer weltwirtschaftlicher und nationaler Bedeutung zu lösen, und sowohl der Ausschuß wie danach der Reichstag werden zu zeigen haben, ob sie die Bedeutung dieser ungemein wichtigen Frage erkennen. Wir können nicht annehmen, daß die deutsche Volksvertretung und die deutsche Regierung aus kurzsichtiger Sparsamkeit die Wiedererrichtung der deutschen Weltwirtschaft in die verhängnisvollste Gefahr bringen werden.

Wiederaufbaufragen im französischen Senat

Paris, 31. Mai. Briand erklärte im Senat weiter: Selbst Amerika habe gesagt, man könne Deutschland nicht so große Lasten aufbürden. Man müsse dem französischen Delegierten die Gerechtigkeit widerfahren lassen, daß er eine Frage, die unlösbar schien, gelöst habe. Briand sprach alsdann über die Haltung der französischen Delegierten in London. Dort habe man von dem Recht Gebrauch gemacht, Sanktionen zu ergreifen. Man habe erklärt, man dürfe Deutschland keine neuen Vorschläge machen, es sei denn in Gestalt eines Ultimatums. Die Belgier hätten vermittelt, und so sei man zu einem Einverständnis gelangt. Er erkenne in der Tat an, daß er sein Versprechen nicht gehalten habe, aber habe er recht oder unrecht gehabt? Wenn er getan hätte, was er gesagt habe, hätte er einen großen Enthusiasmus entfacht und in einem Tage das Ruhrgebiet besetzt. Er hätte als Maximum in Frankreich Popularität wenigstens für acht Tage erzielt. Aber an diesen Dingen habe er keinen Geschmack.

Frankreich sei mit Mäßigung vorgegangen

trotz der Macht, über die es verfüge. Der Friedensvertrag mache Deutschland zu einem solidarischen Pfand der Alliierten. Frankreich hätte also Ungelegenheiten gehabt, wenn es sich isoliert hätte, und zwar in politischer und auch in finanzieller Hinsicht. Wenn Frankreich das Ruhrgebiet allein besetzt hätte, dann hätte das eine schwere Last werden können, aber, wenn man Frankreich gesagt hätte, daß man durch Besetzung des Ruhrgebietes bezahlt werden würde, so wäre Frankreich darauf eingegangen. (Beifall.) Gewiß, mit den Alliierten zusammen im Ruhrgebiet hätte man Einnahmen erzielen können. Die augenblickliche Regierung Deutschlands habe alle ihre Verpflichtungen gehalten. Er wolle der Welt den Eindruck der vollkommenen Loyalität und des guten Willens geben. (Lebhafter Beifall.) Ministerpräsident Briand erklärte alsdann, man habe von Deutschland Befriedigung erzielt. Die Entwaffnung sei auf gutem Wege. In der weiteren Debatte forderte General Hirschauer

vollkommene Entwaffnung Deutschlands,

namentlich hinsichtlich der Luftschiffahrt.

Briand ergriff nochmals das Wort, um zu erklären, die Frage der Sicherheit habe ihn vor allem anderen beschäftigt. Die Organisationen in Bayern, wo ein beunruhigender Geisteszustand herrsche, müßten aufgelöst werden. In der Frage der Sicherheit könne man nicht nachgeben. Wenn Deutschland nicht wirklich entwaffnet werde, werde man handeln müssen. Damit wurde die Generaldebatte geschlossen. (W. T. B.)

Paris, 31. Mai. In der heutigen Nachmittagssitzung des Senats verteidigte Minister Loucheur bei Beratung des Budgets für den Wiederaufbau die Pensionen und die Zuwendungen an die Geschädigten. Er erklärte sich für eine Dezentralisation und ging alsdann zur Beteiligung Deutschlands über. Er habe immer den Standpunkt vertreten, daß die Verwendung deutscher Arbeiter in großem Umfange aus den verschiedensten Gründen abgelehnt werden müsse, namentlich aber deshalb, weil man einen erheblichen Teil der Arbeitslöhne in Mark bezahlen müsse. (!) Aber Deutschland könne sehr gut durch seine Arbeiter auf deutschem Gebiet Materialien vorbereiten, die in Frankreich für den Wiederaufbau verwendet würden. Die Beschäftigung deutscher Arbeiter müsse sich auf die absolut verwüsteten Gebiete, die von der Bevölkerung verlassen seien, beschränken. Er müsse zugeben, daß durch eine derartige Begrenzung die Frage ihren tatsächlichen Charakter verliere. Die Deutschen hätten die Lieferung von 25 000 provisorischen Häusern angeboten. Er habe verlangt, daß man fester gebaute Häuser liefere. Etwa 1500 Häuser könnten im Monat geliefert werden. Die Zahl lasse sich in kurzer Zeit auf 2500 monatlich steigern. Er hoffe, von den Deutschen Materialien zu erlangen, aber nur in dem Maße, als dadurch die nationale Industrie nicht gefährdet werde. Aber die Industrie Frankreichs dürfe sich auch nicht der Faulheit hingeben. (W. T. B.)

Paris, 31. Mai. Wie der „Intransigeant" meldet, soll heute abend die letzte Sitzung der deutschen und französischen Sachverständigen, die über die bekannten 25 000 Holzhäusern verhandeln, im Ministerium für die befreiten Gebiete stattfinden. Den Vorsitz dürfte Minister Loucheur führen. Unter den Dutzenden von deutschen Modellen hätten die französischen Sachverständigen drei Typs ausgesucht. (W. T. B.)

Der Wiederzusammentritt des Reichstages.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 31. Mai. Das Haus ehrt das Andenken der verstorbenen Abgg. Tuch (D. Vp.) und Dr. Wiebel (D.-N.). Präsident Löbe gibt der Empörung über die Tatsache Ausdruck, daß die polnischen Insurgenten den Abg. Dr. Hartmann gefangen genommen und an einen unbekannten Ort verschleppt haben und erklärt: Ich habe mich sofort mit dem Auswärtigen Amt verständigt, damit die Interalliierte Kommission auf diesen Gewaltstreich hingewiesen wird und damit sofort Anstalten getroffen werden, um den Abg. Hartmann zu befreien. (Lärm der Komm. und Zuruf: Abg. Thomas sitzt noch immer im Gefängnis.) Ich nehme an, daß die Regierung uns bald mitteilen wird, welche Schritte unternommen worden sind. Der Präsident gedenkt dann des 75. Geburtstages des Abg. Dr. Spahn (Z.), der 37 Jahre dem Hause angehört und spricht ihm die Glückwünsche des Reichstages aus.

Auf eine Anfrage des Abg. Graef-Thüringen (D.-N.) bestätigt Reichskommissar Künzer, daß der Polizeimajor Müller-Brandenburg im Zusammenhang mit einer über

die Zustände in der thüringischen Landespolizei

eingeleiteten Untersuchung bis auf weiteres beurlaubt worden ist und daß gegen ihn vor der thüringischen Staatsregierung eine Voruntersuchung geführt werde. Im Februar dieses Jahres war eine Anzeige im Reichsministerium des Innern eingegangen, in der schwere Anschuldigungen über die Zustände in der thüringischen Landespolizei erhoben wurden. Nach den mündlich erfolgten Mitteilungen haben tatsächlich Angehörige der Polizei den Sowjetstern an der Uniform getragen. Am 9. April ging beim Reichsministerium des Innern abermals eine schriftliche, mit Einzelheiten belegte und mündlich erläuterte Anzeige gegen die thüringische Landespolizei ein. Es wurde insbesondere behauptet, daß Beamte, die der U. S. P. D. oder V. K. P. D. angehörten, in ganz besonderer Weise namentlich bei der Beförderung bevorzugt würden. Einzelne Angehörige der Polizei wurden hochverräterischer Umtriebe beschuldigt. Zur Prüfung dieser Vorwürfe wurde eine Kommission nach Weimar gesandt. Das Ergebnis ihrer Untersuchungen hat dazu geführt, daß die thüringische Landesregierung vor mehr als drei Wochen selbst eine weitere eingehende Untersuchung einleitete, bei der das Reichsministerium des Innern durch einen Vertreter beteiligt ist. Vor Abschluß dieser Untersuchung ist die Reichsregierung nicht in der Lage, weitere Mitteilungen zu machen. Entsprechend dem Wunsche der thüringischen Staatsregierung wird ferner mitgeteilt, daß die thüringische Staatsregierung folgende Erklärung hierher abgegeben hat: Mitglieder der thüringischen Staatsregierung haben mit der Angelegenheit nichts zu tun, und die Handlungen, die den Gegenstand der Beschuldigungen bilden, sind ohne Kenntnis der thüringischen Staatsregierung, insbesondere des thüringischen Ministeriums des Innern, dem die Landespolizei untersteht, vorgenommen worden.

Auf eine Beschwerde des Abg. Dr. Moldenhauer (D. Vp.) über

Ausschreitungen französischer Soldaten

in Köln-Mülheim teilt die Regierung mit, daß es zwischen französischen Soldaten und Zivilisten am 26. d. Mts. zu Reibereien, aber nicht zu Tätlichkeiten gekommen sei. Die Franzosen zogen ihre Seitengewehre. Sie gingen dann in ihr Quartier und schlugen dort Alarm, worauf eine französische Abteilung auf die Straße zog und in die Menge hineinschoß. Fast gleichzeitig erschienen mehrere andere Abteilungen in den Straßen, die auf die Passanten schossen. (Lebh. hört, hört.) Die Passanten wurden auch mit dem Bajonett angegriffen. Deutsche und englische Polizei schritt ein, aber erst durch das Eingreifen französischer Offiziere konnte die Ruhe hergestellt werden.

Die Anfrage der Abgeordneten Frau Schreiber-Krieger (Soz.) betr. Begünstigung der Mitropa, deren Leitung bei ihrer Gründung ein vom preußischen Eisenbahnministerium beurlaubter Ministerialdirektor übernahm, wird wie folgt beantwortet: Die Mitropa ist 1916 gegründet, um den bis zum Kriege überragenden Einfluß der belgischen und französischen internationalen Schlafwagengesellschaften in Brüssel zu brechen. Deutschland muß sich dieses Mittels zur Abwehr der ausländischen Konkurrenz auch weiterhin bedienen. Der 1916 abgeschlossene Vertrag ist zeitgemäß geändert worden. Von dem Ueberschuß über 8 Proz. Dividende hinaus erhält die Reichskasse die Hälfte, von 12 Proz. ab drei Viertel. Außerdem erhält die Reichskasse ein Siebentel des Aktienbesitzes.

Auf eine Anfrage des Abg. Edler v. Braun (D.-N.) wird erklärt, daß eine Erhöhung der Reichsbier- und Getränkesteuer unumgänglich notwendig sei. — Das Gesetz über den Volksentscheid wird dem Rechtsausschuß überwiesen. Wirkl. Legationsrat Malzahn gibt Auskunft über

die Verschleppung des Abg. Hartmann.

Auf die Nachricht von der Verschleppung ist am 30. Mai eine Note an die Interalliierte Kommission gerichtet worden mit der Forderung der sofortigen Befreiung des Abg. Hartmann. Der deutsche Vertreter in Oberschlesien, Graf Praschma, hat diese Forderung heute früh wiederholt. Eine Antwort liegt noch nicht vor. Die Regierung wird erneut mit allem Nachdruck auf eine beschleunigte Erledigung drängen.

Darauf wird die Sitzung abgebrochen. — Morgen nachmittag 4 Uhr Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung. Schluß 7½ Uhr.

*

Neue Gesetzentwürfe im Reichstage.

Berlin, 31. Mai. Dem Reichstage ist der Entwurf eines Gesetzes über die Regelung der Mietzinsbildung (Reichsmietengesetz) zugegangen. Der Reichsrat vertritt entgegen der Reichsregierung den Standpunkt, daß das vorgelegte Gesetz verfassungsändernd ist. Ferner ist dem Reichstage der Entwurf eines Gesetzes über die Gewährung von Beihilfen an Rentenempfänger aus der Angestelltenversicherung zugegangen.

Die Konferenz von Boulogne.

London, 31. Mai. Wie Reuter erfährt, geht der letzte Vorschlag der englischen Regierung dahin, daß die nächste Zusammenkunft des Obersten Rates in der Mitte nächster Woche in Boulogne stattfindet. Auf der Tagesordnung steht die oberschlesische Frage, möglicherweise auch die Prüfung der Sanktionen. Außerdem ist es nicht unwahrscheinlich, daß auch die durch die Regierung von Angora geschaffene Lage besprochen werden wird. Es ist sicher, daß die Vereinigten Staaten und Japan vertreten sein werden. (W. T. B.)

Reuter zufolge soll Belgien zur Teilnahme an der Boulogner Konferenz des Obersten Rates eingeladen werden, wenn Fragen der Reparation oder Zwangsmaßnahmen erörtert werden. Wie Reuter außerdem meldet, ist bisher der Vorschlag, einen Sachverständigenausschuß zur Prüfung der oberschlesischen Frage zu ernennen, noch nicht formell angenommen worden. (W. T. B.)

Das Ende der deutschen Friedensdelegation in Paris.

Berlin, 31. Mai. Die Geschäfte der deutschen Friedensdelegation in Paris werden von morgen ab von der Botschaft übernommen. (W. T. B.)

Die Entente läßt sich Zeit.

Berlin, 31. Mai. Die deutsche Regierung hat am 20. d. M., wie berichtet, an die Entente eine Note gerichtet, in der sie über das Ausbleiben jeder Kohlenlieferung aus Oberschlesien klagt. Darauf ist noch keine Antwort eingegangen, obwohl um schnelle Erledigung gebeten wurde. (W. T. B.)

Einschränkung des Berliner Verkehrs wegen Kohlenmangels.

Berlin, 31. Mai. Der Reichskohlenkommissar hat die Berliner Straßenbahn und die Hoch- und Untergrundbahn um Einschränkung des normalen Betriebes um mindestens 50 Prozent in den verkehrsschwachen Stunden ersucht mit der Begründung, daß die Ereignisse in Oberschlesien nur eine ganz geringe Zufuhr von Steinkohlen nach Berlin zulassen und rechtzeitig Vorsichtsmaßregeln getroffen werden müssen, um einer Gefährdung des elektrischen Stromes vorzubeugen.

Das deutsche Weißbuch zur Vorgeschichte des Weltkrieges.

Berlin, 31. Mai. Der erste Unterausschuß des Reichstages veröffentlicht jetzt das zweite Heft des Weißbuches zur Vorgeschichte des Weltkrieges. Das Weißbuch enthält u. a. den Bericht des Generals Montgelas, eines der militärischen Sachverständigen des Untersuchungsausschusses über die Bedeutung der allgemeinen russischen Mobilmachung. Der General kommt zu der Schlußfolgerung, man werde die ungeheure Verantwortung nicht übersehen dürfen, die sich für die deutsche politische Leitung daraus ergebe, daß Rußland für seine Kriegsvorbereitungen schon einen Vorsprung von einer Woche gewonnen hatte, und daß bei weiterem Zuwarten eine Lage eintreten mußte, in der die gewaltige Uebermacht von 209 Divisionen nicht nur gleichzeitig, sondern früher operationsbereit war, als die zur Abwehr verfügbare Minderzahl von 135 Divisionen. Im einzelnen verweist der General u. a. auf die Tatsache, daß in Rußland Anfang März 1913 zur Beschleunigung der Mobilmachung eine Kriegsvorbereitungsperiode eingeführt worden war. Ferner wird der am 15. November 1912 erlassene russische Befehl erwähnt, wonach die telegraphische Anordnung der Mobilisierung in den europäischen Militärbezirken aus Anlaß politischer Komplikationen an den Westgrenzen gleichzeitig als Befehl zur Eröffnung der Feindseligkeiten gegen Oesterreich und Deutschland aufzufassen sei.

Eine österreichische Regierungskrise.

Wien, 31. Mai. Durch die Entscheidung des steirischen Landtages für die Abstimmung über den Anschluß sei, wie in politischen Kreisen verlautet, nach den Vorgängen der letzten Tage und insbesondere nach den vom Bundeskanzler seinerzeit in Prag abgegebenen Erklärungen die Möglichkeit einer Regierungskrise gegeben. Wie es heißt, soll sich morgen ein Kabinettsrat mit der Lage beschäftigen. Gleichzeitig sollen Verhandlungen mit den Parteien stattfinden. Es dürfte sich bis zum Beginn der Vollsitzung des Nationalrates am Nachmittag entschieden haben, ob mit einem Rücktritt des Kabinetts Mayr zu rechnen ist. (WTB.)

Der bayrische Landtag zur Entwaffnung.

München, 31. Mai. Nach der bereits im Vorabendblatt wiedergegebenen Regierungserklärung vertagte sich der Landtag um eine Stunde. Sodann gab Abg. Stang (Bayr. Vp.) eine Erklärung dahin ab, daß die Koalitionsparteien ihr Einverständnis mit der durch den Ministerpräsidenten gegebenen Darlegung erklären. Die Koalitionsparteien sprechen der Regierung ihr Vertrauen aus und geben der Ueberzeugung Ausdruck, daß der Ministerpräsident, beseelt von den edelsten Absichten für Reich und Land, zielsicher jenen Weg gehen werde, der durch die Lebensinteressen des Reiches und des geliebten Bayernlandes vorgezeichnet ist.

Abg. Timm (Mehrheitssoz.) bemerkte, in der Frage der Entwaffnung der Einwohnerwehren hätten sich der Ministerpräsident und die Koalitionsparteien nunmehr in vollständiger Aenderung ihrer bisherigen Politik zu den Anschauungen bekannt, die von der sozialdemokratischen Partei in der Erkenntnis der durch das Machtgebot der Entente geschaffenen Zwangslage und eingedenk der staatlichen Notwendigkeiten vertreten wurden. Trotz der klaren Sachlage leide die heutige Erklärung des Ministerpräsidenten an Widersprüchen und Unvollständigkeiten, weil für die Auflösung der Einwohnerwehren der Reichsregierung die alleinige Verantwortung zugeschoben werde. Seine Partei verlange, daß nunmehr alle Verpflichtungen restlos und entschieden durchgeführt werden. — Abg. Aenderl (Komm.) wendet sich gegen die Regierungserklärung. Die Einwohnerwehren seien nur ein Instrument für die Regierung, um das Proletariat niederzuknüppeln. — Abg. Gareis (Unabh.) wendet sich gegen die Auffassung der Mehrheitssozialisten, als ob der Ministerpräsident seinen früheren Standpunkt geändert habe. Redner kritisierte die Duldung der Bildung von Freikorps für Oberschlesien und erklärt, daß die Unabhängigen zu Ministerpräsident Dr. von Kahr nicht das Vertrauen hätten, daß er die Entwaffnung der Einwohnerwehren durchführe.

Schließlich wandte sich der Ministerpräsident noch gegen eine Bemerkung des Vorredners, daß die bayrische Regierung in der Frage der Einwohnerwehren

Sonderverhandlungen mit Privatpersonen der Entente

gepflogen habe und sich besondere Rückversicherungen unter der Hand habe geben lassen. Er stelle fest, alle Schritte, die unternommen worden sind, seien im Einvernehmen mit der Reichsregierung unternommen worden. Irgendwelche besonderen Abmachungen und Rückversicherungen kämen nicht in Frage.

Einhaltung der Frist.

Berlin, 31. Mai. Ueber die Auflösung der Selbstschutzorganisationen ist der Interalliierten Militärkommission zu Händen des Generals Nollet die geforderte Liste vor Ablauf der dafür gesetzten Frist vorgelegt worden. In der Liste sind die ostpreußischen Grenzwehren, die bayrischen Einwohnerwehren und die Organisation Escherich bezeichnet. Gleichzeitig sind Schritte unternommen worden, um die Gründe gegen die Auflösung, die seitens der hauptbeteiligten Landesregierungen teils aus rechtlichen Gründen, teils aus tatsächlichen Gründen geltend gemacht worden sind, den alliierten Mächten unter der Voraussetzung der Waffenabgabe zur Nachprüfung zu unterbreiten. (W. T. B.)

Der Wiederaufbau Rußlands.

Bad Reichenhall, 31. Mai. Gestern fand hier die Eröffnung eines national-russischen Kongresses zum wirtschaftlichen Wiederaufbau Rußlands statt. Der Kongreß setzt sich zum Ziel, alle zerstreuten Kräfte der russischen Intelligenz zu vereinigen, um ein großzügiges soziales Programm auszuarbeiten und leitende Gesichtspunkte der Agrargesetzgebung im Interesse des gesamten russischen Volkes festzulegen. Die Tagung findet geschlossen statt, und Beschlüsse sollen erst nach ihrer Beendigung veröffentlicht werden.

Berlin, 31. Mai. Ueber Helsingfors kommt die noch der Bestätigung bedürfende Nachricht, die Sowjetregierung bereite nach verläßlichen Anzeichen die Rückgabe der industriellen Werke, Fabriken und Geschäfte an ihre früheren Besitzer vor.

Die Bolschewisten in Wladiwostok.

London, 31. Mai. Wie aus Tokio gemeldet wird, haben bolschewistenfeindliche Streitkräfte unter General Kappel Wladiwostok kampflos eingenommen. Die Japaner verhielten sich neutral. (W. T. B.)